

Klare Regeln braucht das Land

Politik ohne Geld. Hohe Defizite und die grundgesetzliche Schuldenbremse engen den finanziellen Spielraum der Politik in den nächsten Jahren stark ein. Dennoch darf es in Deutschland keinen reformpolitischen Stillstand geben. Mehr kluge Regeln sind deshalb das Gebot der Stunde. Auftakt zu einer Artikelserie.*)

Die globale Finanzkrise und die dadurch ausgelöste schwerste Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik haben auch die öffentlichen Haushalte in Mitleidenschaft gezogen. Die zur Krisenbewältigung getätigten Ausgaben rissen tiefe Löcher in die Kassen und ließen die Verschuldung sprunghaft steigen (Grafik):

Im Jahr 2010 erhöhte sich der staatliche Schuldenberg um 319 Milliarden Euro auf den Rekordwert von über 2 Billionen Euro bzw. 83 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Schon weil die demografische Entwicklung weitere finanzielle Lasten mit sich bringt – etwa durch steigende Rentenzahlungen –, gilt es gegenzusteuern. Anderenfalls droht

Deutschland laut EU-Kommission im Jahr 2040 eine Schuldenquote von 152 Prozent des BIP.

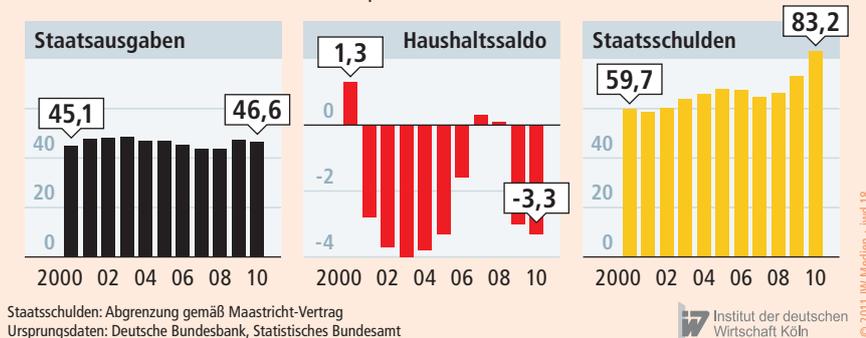
Der Staat muss also sparen – auch die inzwischen im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zwingt ihn dazu –, darf aber auf notwendige Reformen nicht verzichten. Dies lässt sich durchaus unter einen Hut bringen, indem die öffentliche Hand auf gute, durchdachte Regeln setzt. Dadurch können Bürger und Unternehmen Geld sparen – etwa, weil ein klares Vertragsrecht Verhandlungskosten reduziert. Gute Regeln kurbeln zudem das Wirtschaftswachstum an und entlasten so den Staat, der sich wieder stärker auf seine Rolle als Hüter der Wirtschaftsordnung konzentrieren kann.

Ansatzpunkte für eine solche „Politik ohne Geld“ gibt es auf nahezu allen Gebieten: von der Arbeitsmarkt- über die Bildungs- bis zur Umwelt- und Energiepolitik.

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Politik ohne Geld – Was trotz knapper öffentlicher Kassen getan werden kann, IW-Studien, Köln 2011, 284 Seiten, 42,00 Euro. Bestellung über Fax 0221 4981-445 oder unter www.iwmedien.de

Staatsfinanzen: Schwere Schuldenlast

Deutschland, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Das IW Köln wird 60

Am 2. Mai 1951 nahm das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) – damals noch unter dem Namen Deutsches Industrieministerium – seine Arbeit auf. Seither verfolgt es das Ziel, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge in Politik und Öffentlichkeit zu verbessern – und so einen Beitrag zu nachhaltigem Wachstum und dauerhaftem Wohlstand in unserem Land zu leisten. Damit zeigt das IW Köln als Anwalt der Sozialen Marktwirtschaft seit nunmehr 60 Jahren ein unverwechselbares Profil.

Für den iwvd ist dies Anlass, auf die wichtigsten Meilensteine in der Geschichte des Instituts zurückzublicken – mit einer kleinen Jubiläumsschronik auf den Seiten 2 bis 7 in dieser Ausgabe.

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland



Extras für gute Arbeit

Variable Vergütung. Drei Viertel der deutschen Arbeitnehmer befürworten eine leistungsgemäße Bezahlung. Die Unternehmen bieten beim Gehalt verschiedene Varianten an: sowohl erfolgsorientierte Boni wie auch Leistungsprämien oder variable Vergütungsbestandteile.

Nach einer aktuellen Befragung von über 1.800 Unternehmen durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) verknüpfen fast vier von zehn Unternehmen Prämien mit Zielen, die erreicht werden sollen. Mehr als die Hälfte der befragten Firmen will mit dieser leistungsorientierten Vergütung ihre Mitarbeiter an das Unternehmen binden (Grafik).

Auch eine Studie der Unternehmensberatung Hay Group bestätigt

die IW-Ergebnisse: Danach halten 85 Prozent der befragten Betriebe es für sinnvoll, die Ziele und Leistungen des Topmanagements sowie der leitenden Angestellten mit einer variablen Vergütungskomponente zu verknüpfen.

Der Anteil variabler Vergütungen beträgt in den größten Unternehmen in Deutschland je nach Karrierestufe zwischen 15 und 35 Prozent der Gesamtbezüge.

Wie viel Geld es letztlich für die Mitarbeiter in der Führungsetage gibt, richtet sich nach Unternehmenskennzahlen wie dem Gewinn, aber auch nach der Tätigkeit. Laut einer Kienbaum-Studie können es etwa für kaufmännische Führungskräfte rund 21.500 Euro im Jahr zusätzlich sein.



Variable Vergütung: Viele Facetten

Zielbonusmodell: Mit dem Mitarbeiter werden Ziele vereinbart. Erreicht er sie, bekommt er einen Bonus ausgezahlt. Die Höhe wird vorab festgelegt.

Variables Budgetmodell: Am Ende des Geschäftsjahres wird die Höhe des Budgets für die Ausschüttung ermittelt.

Fixes Budgetmodell: Die Höhe des Budgets für die Ausschüttung steht von Jahresbeginn an fest – zum Beispiel ein gewisser Prozentsatz der Grundgehaltssumme des Unternehmens.

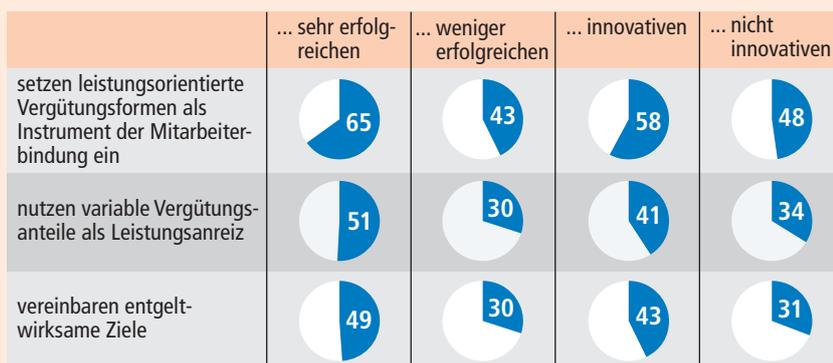
Prämienmodell: Einzelne besonders leistungsstarke Mitarbeiter werden mit individuellen Boni belohnt. Dies kann am Jahresende, aber auch nach dem Abschluss bestimmter Projekte erfolgen.

Tantiemenmodell: Die Höhe dieser ergebnisabhängigen Vergütung wird meist durch eine lineare und gestaffelte Formel berechnet, also z.B. in Prozent des Unternehmensgewinns. Dieses Modell ist vor allem bei Geschäftsführern üblich.

Provisionsmodell: Die Höhe der Provision ist meist an den individuellen Umsatz gekoppelt. Vor allem Vertriebsmitarbeiter werden oft in Prozent ihres Umsatzbeitrags zusätzlich belohnt.

Variable Vergütung: Anreize für den Erfolg

So viel Prozent der ... Unternehmen



Befragung von 1.853 Personalverantwortlichen im Juli und August 2010; Unternehmenserfolg: gemessen an der Umsatzentwicklung von 2008 bis 2009, der Beschäftigtenentwicklung von 2007 bis 2009 sowie den Umsatzerwartungen von 2009 bis 2012; innovative Unternehmen: haben in den vergangenen drei Jahren mindestens eine Produkt- oder Prozessinnovation umgesetzt; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · Iwd 18

1951

Das Deutsche Industrieinstitut (DI) wird am 16. Januar gegründet und nimmt am 2. Mai seine Arbeit auf, Gründung der institutseigenen Deutsche Industrieverlags-GmbH

1957

Erste Ausbaustufe der Bibliothek

1961

Institut und Verlag haben zusammen 160 Mitarbeiter

1965

Beginn der Betreuung der seit 1953 bestehenden Arbeitskreise „SCHULE WIRTSCHAFT“ (seit 1976 gemeinsam mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände)

1967

Mitgliedschaft bei der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute

Schalt mich ein und schalt mich aus

Computer. Am 12. Mai 1941 stellte Konrad Zuse mit seiner Z3 die erste programmierbare Rechenmaschine der Welt vor. Sie wurde zwar im Dezember 1943 bei einem Bombenangriff zerstört, den anschließenden Siegeszug des PCs durch die Büros und Wohnzimmer rund um den Globus hat dies jedoch nicht aufgehalten. In Deutschland steht inzwischen in vier von fünf Haushalten ein Computer, zwei von drei Erwerbstätigen nutzen ihn während der Arbeit mindestens einmal pro Woche.

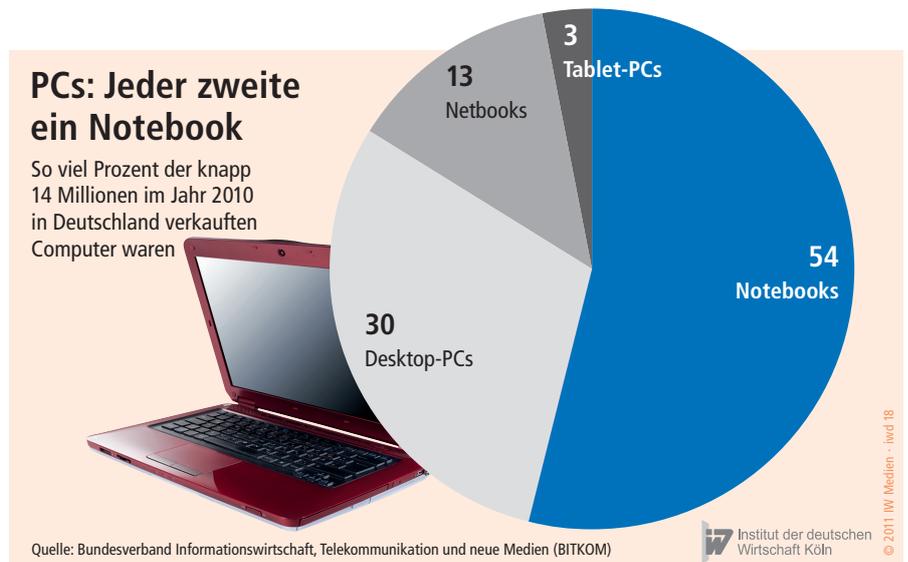
500 Gigabytes pro Sekunde – der nach dem ersten IBM-Chef benannte Supercomputer Watson kann pro Sekunde so viele Daten verarbeiten, wie in etwa einer Million Bücher stecken. Doch das Potenzial der PCs wurde lange verkannt. So prognostizierte Thomas Watson im Jahr 1943, dass es einen weltweiten Bedarf an vielleicht fünf Computern geben dürfte. Er hat sich kräftig geirrt:

Im Jahr 2010 wurden rund um die Welt mehr als 350 Millionen PCs verkauft, 13,7 Millionen davon laut Branchenverband BITKOM allein in Deutschland.

Die Absatzzahlen sind hierzulande im Vergleich zum Krisenjahr 2009 um satte 13 Prozent gestiegen. Jeder zehnte Bundesbürger hat sich im vergangenen Jahr mindestens einen neuen Computer angeschafft. Im

PCs: Jeder zweite ein Notebook

So viel Prozent der knapp 14 Millionen im Jahr 2010 in Deutschland verkauften Computer waren



Jahr 2011 dürften sogar erstmals insgesamt über 15 Millionen PCs über den Ladentisch gehen.

Doch so rosig die Zeiten für die Computerbranche auch sind – die entsprechende Wertschöpfung findet nur zu einem geringen Teil in Deutschland statt. Unter den großen Computerherstellern sucht man heimische Unternehmen vergebens. Ehemalige Leuchttürme wie Nixdorf, Schneider oder Siemens mussten sich dem Kostendruck der fernöstlichen Konkurrenz beugen.

Diese beherrschen auch den deutschen PC-Markt, auf dem handliche Geräte gefragt sind. Im Jahr 2010 entfielen über zwei Drittel des in Deutschland getätigten Umsatzes auf mobile Computer wie Notebooks, die kleineren Netbooks und sogenannte Tablet-PCs, welche über einen berührungsempfindlichen

Bildschirm gesteuert werden und von denen im vergangenen Jahr etwa 450.000 Stück verkauft wurden (Grafik). Rund 60 Prozent aller 2010 verkauften Computer gingen an Privatverbraucher, den Rest nutzen die Mitarbeiter von Unternehmen und Behörden.

Fand sich im Jahr 2000 erst in knapp der Hälfte aller deutschen Haushalte ein PC, gehörte ein solches Gerät 2008 bereits in vier von fünf Haushalten zur Grundausstattung.

Da PCs überwiegend für Unterhaltungszwecke genutzt werden, ist es mit den technischen Computerkenntnissen hierzulande nicht ganz so weit her. Gerade einmal 28 Prozent aller Deutschen zwischen 16 und 74 Jahren benutzen ihren Computer auch für anspruchsvollere Aufgaben wie etwa Programmierungen.

1969

Erste eigenständige Ausgabe des später „Deutschland in Zahlen“ genannten Datenkompendiums

1971

Erstausgabe der Wirtschaftszeitung „AKTIV“ in der informedia verlag-gmbh

1973

Umbenennung von Deutsches Industrieinstitut in Institut der deutschen Wirtschaft Köln und des Verlags in Deutscher Instituts-Verlag

1974

Erstausgabe der „IW-Trends“

Gründung der edition agrippa – Agentur für Öffentlichkeitsarbeit – als Tochtergesellschaft des Deutschen Instituts-Verlags

Die Neuen sind willkommen

Bachelor. Im Großen und Ganzen sind die Bachelorabsolventen mit ihrem Studium genauso zufrieden wie die traditionellen Studienabgänger. Dennoch trauen die Jungakademiker ihrem neuen Abschluss noch nicht so ganz. Die Skepsis ist jedoch unbegründet, wie eine neue Studie zeigt.*)

Wenn Bildungsministerin Annette Schavan am 6. Mai zur zweiten Nationalen Bologna-Konferenz lädt, wird sich die Diskussion vor allem um die Bachelorstudenten und -absolventen drehen: Zu erörtern ist, wie die Möglichkeiten für Praktika und Auslandsaufenthalte während des Studiums verbessert werden können und wie die Berufschancen der Bachelors aktuell aussehen.

Mit dieser Arbeitsmarktbefähigung der Bachelorabsolventen beschäftigt sich auch eine aktuelle Befragung von Studenten, Absolventen und Unternehmen, die den neuen

Abschluss aus der jeweiligen Perspektive beleuchtet:

• **Aus Sicht der Studenten** stimmt die Qualität der Lehre, während es bei der Organisation noch Nachholbedarf gibt. Rund zwei Drittel aller Studenten – sowohl der Bachelor- als auch der Diplomstudenten – beurteilen das fachliche Niveau der Seminare und Vorlesungen als gut bis sehr gut. Die Bachelorkandidaten beklagen sich jedoch weitaus häufiger darüber, dass es ihnen an Gelegenheiten fehlt, während des Studiums längere Praktika und Auslandsaufenthalte zu absolvieren.

• **Die Absolventen eines Bachelorstudiums** entscheiden sich meist gegen einen direkten Berufseinstieg, obwohl ihr Hochschulzeugnis sie genau dazu befähigen würde. Ein Jahr nach ihrem Abschluss haben 54 Prozent der Fachhochschul- und 77 Prozent der Uni-Bachelors ein weiteres Studium begonnen – meist mit dem Master als Ziel.

Ausgerechnet die Bachelors mit einem Ingenieurabschluss entscheiden sich am häufigsten, das Studium fortzusetzen – trotz aktuell glänzender Aussichten auf dem Arbeitsmarkt. Auch die Mathematiker und Naturwissenschaftler ziehen den Hörsaal dem Arbeitsalltag vor. Den Schritt in die Berufswelt wagen noch am ehesten die Bachelors mit einem geistes- und sozialwissenschaftlichen Abschluss.

Als Hauptgrund für ein weiteres Studium geben die Absolventen fachliches Interesse an; viele versprechen sich jedoch auch bessere Berufschancen – das gilt für knapp zwei Drittel der Uni-Bachelors und immerhin noch für die Hälfte der FH-Bachelors.

Diejenigen, die sich nach dem Bachelor für eine Berufstätigkeit entscheiden, finden in der Regel pro-

*) Kolja Briedis, Christoph Heine, Christiane Konegen-Grenier, Ann-Katrin Schröder: Mit dem Bachelor in den Beruf – Arbeitsmarktbefähigung und -akzeptanz von Bachelorstudierenden und -absolventen, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen 2011, www.iwkoeln.de

Jungakademiker: Positionen für alle Abschlüsse

So viel Prozent der Unternehmen, die akademische Berufsanfänger mit diesem Abschluss eingestellt haben, bieten ihnen Jobs, wo sie die ... übernehmen dürfen

	Bachelor	Master	Diplom
Sachbearbeitung nach Anweisung	89	71	76
eigenständige Bearbeitung einer Projektaufgabe	87	91	93
Gesamtverantwortung für ein Projekt ohne Personalführung	41	57	59
Gesamtverantwortung für ein Projekt mit Personalführung	16	22	26

Mehrfachnennungen; Befragung von 852 Unternehmen im Frühjahr/Sommer 2010
Quelle: IW Consult

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwv 18

1975

Erstausgabe des „iwv“

1980

Beginn des Aufbaus von Datenbanken – und damit Einstieg in Auftrags- und Projektarbeiten

1984

Beginn des regelmäßigen Dialogs „Kirche/Wirtschaft“

1988

Einführung der elektronischen Bibliotheksverwaltung

1989

Aufbau der in enger Kooperation mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bis heute betriebenen Datenbank „REHADAT“ zur Integration Behinderter in die Arbeitswelt

blemlos einen Job. So sind lediglich 3 Prozent der FH-Bachelors arbeitslos gemeldet, bei den Uni-Absolventen sind es sogar nur 2 Prozent. Auch jobben müssen nur wenige.

- **In den Unternehmen** sind die Bachelorabsolventen nicht nur willkommen, sie sind auch längst etabliert: 13 Prozent aller Betriebe beschäftigen sie bereits; betrachtet man nur die Unternehmen, die überhaupt Akademiker benötigen, so sind die Bachelors sogar in rund jeder vierten deutschen Firma vertreten.

In erster Linie starten die akademischen Berufsanfänger in Positionen mit vergleichsweise geringer Verantwortung (Grafik Seite 4):

Die meisten Bachelors beginnen als Sachbearbeiter oder als Verantwortliche für ein Teilprojekt. Einen Einstieg als Projektleiter bieten die Unternehmen hingegen häufiger den Master- und den Diplomabsolventen an.

Positionen mit Personalverantwortung bekommen Jungakademiker vergleichsweise selten. Am ehesten haben noch Berufsanfänger mit Diplom Chancen auf eine solche Führungsposition.

Beim Gehalt machen die Unternehmen erfreulicherweise oft keinen Unterschied zwischen den Berufsanfängern. So zahlen rund zwei Drittel der Unternehmen den Bachelors dasselbe Einkommen wie den Diplomabsolventen. Besonders gut werden die Ingenieurbachelors bedacht: Rund ein Drittel der Firmen zahlt ihnen Einstiegsjahresgehälter zwischen 40.000 und 50.000 Euro.

Top Jobs: Was wirklich zählt

So viel Prozent der Unternehmen legen bei der Besetzung von höheren Fach- und Führungspositionen Wert darauf, dass Kandidaten ...

	Sehr wichtig	Eher wichtig
sich mit den Zielen des Unternehmens identifizieren	83	16
leistungsmotiviert sind	80	19
kommunikationsfähig sind	75	25
sich im Unternehmen bewährt haben	65	32
über die Fähigkeit verfügen, andere zu motivieren	64	33
führungsmotiviert sind	57	38
Weiterbildungsbereitschaft zeigen	50	46
über einen Universitäts- statt über einen Fachhochschulabschluss verfügen	6	22
einen Masterabschluss nach dem Bachelor absolviert haben	4	27
einen Dokortitel haben	1	5

Befragung von 1.212 Unternehmen im Frühjahr/Sommer 2010
Quelle: IW Consult

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 18

Zum Vergleich: Dem Verein Deutscher Ingenieure zufolge lag das durchschnittliche Anfangsgehalt für Ingenieure mit FH-Diplom im Jahr 2010 bei 40.200 Euro, Uni-Diplomanden kamen auf 42.200 Euro.

Mag die Art des Hochschulabschlusses für den Berufseinstieg bei manchen Unternehmen noch eine Rolle spielen – in der langfristigen Karriereperspektive ist er kaum von Belang (Grafik):

Bei der Besetzung von höheren Fach- und Führungspositionen ist in erster Linie ausschlaggebend, dass sich der Bewerber mit den Zielen des Unternehmens identifiziert und leistungsbereit ist.

Doktor- und Mastertitel dagegen sind den Betrieben bei der Suche nach Kandidaten für Spitzenjobs vergleichsweise unwichtig. Auf dieser Hierarchieebene ist es zudem völlig nebensächlich, ob der akademische Abschluss an einer Universität oder an einer Fachhochschule erworben wurde.

Viele Bachelors haben denn auch die ersten Stufen der Karriereleiter längst erklommen: In rund 70 Prozent der Unternehmen, die Bachelorabsolventen beschäftigen, sind sie zum Projektleiter aufgestiegen; in rund 40 Prozent der Betriebe haben sie es sogar bis zum Bereichs- oder Abteilungsleiter gebracht.

1990

Eröffnung des Hauptstadtbüros

1992

Erstmalige Verleihung des Max-Weber-Preises für Wirtschaftsethik

Erste halbjährliche Konjunkturumfrage in den neuen Bundesländern, die inzwischen bundesweit durchgeführt wird

1994

Start des Projekts „JUNIOR“, in dem Schüler Erfahrungen als Unternehmer sammeln

1996

Start des Internetangebots www.iwkoeln.de

Integration der AKTIV-informedia verlag-gmbh mit der Wirtschaftszeitung „AKTIV“ in den Deutschen Instituts-Verlag

Ziel verfehlt

Entwicklungshilfe. Deutschland hat seit den 1960er Jahren die finanziellen Mittel für die Entwicklungspolitik zwar erheblich aufgestockt. In Relation zur Wirtschaftskraft sind die Zahlungen jedoch eher gering. Nach wie vor verfehlt die Bundesrepublik das von den Vereinten Nationen beschlossene Ziel deutlich, für den Kampf gegen die Armut in der Dritten Welt 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung aufzubringen.

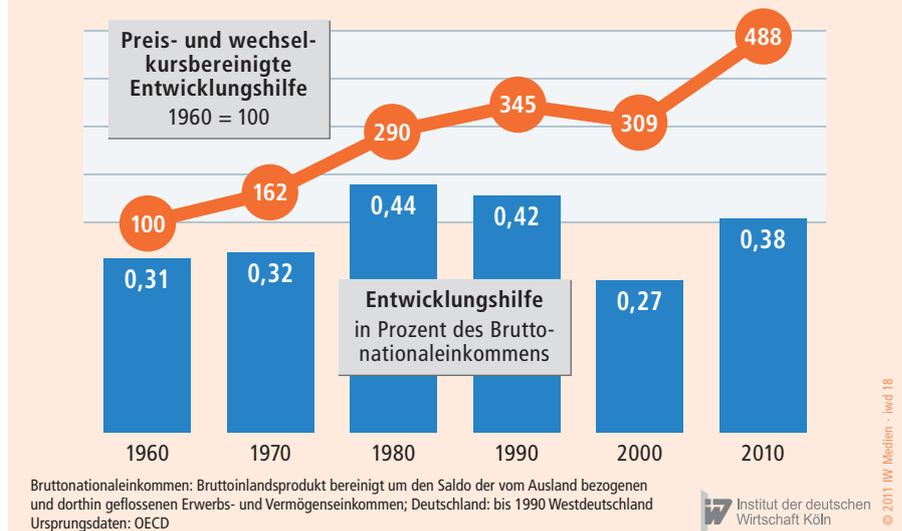
Vor fünfzig Jahren, am 5. Mai 1961, verabschiedete der Bundestag das Entwicklungshilfegesetz; noch im selben Jahr wurde das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gegründet, als dessen erster Chef Walter Scheel agierte. Damit war die Basis für eine systematische Entwicklungspolitik geschaffen.

Träume von einem Sieg über die globale Armut blieben seither allerdings unerfüllt. Vor allem viele afrikanische und südasiatische Staaten sind wirtschaftlich noch immer wenig entwickelt und auf Unterstützung von außen angewiesen.

Auf den ersten Blick hat Deutschland das für diesen Zweck erforderliche Geld recht großzügig fließen lassen (Grafik):

Von 1960 bis 2010 haben sich die deutschen Entwicklungshilfeszahlungen in realer Rechnung nahezu verfünffacht. Im vergangenen Jahr hat die Bundesrepublik 12,7 Milliarden Dol-

Deutsche Entwicklungshilfe: Nur ein kleiner Posten



lar für die weltweite Unterstützung der Armen ausgegeben.

Damit hat sich Deutschland mehr ins Zeug gelegt als die Industrieländer insgesamt, die sich im Rahmen der OECD zum Development Assistance Committee (DAC) zusammengeschlossen haben. Diese Staaten haben ihr Entwicklungshilfe-Engagement preisbereinigt auf das 3,5-Fache des Niveaus von 1960 gesteigert – sie gaben im Jahr 2010 knapp 129 Milliarden Dollar für die Armutsbekämpfung aus.

Gemessen am gestiegenen Wohlstand ist die Bilanz gleichwohl bescheiden – hatten die DAC-Länder in den frühen 1960er Jahren immerhin gut 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung für die Entwicklungshilfe abgezweigt, waren es in jüngster Zeit

nur noch 0,3 Prozent. Deutschland schneidet immerhin etwas besser ab:

Nach einem Tiefpunkt Ende der 1990er Jahre haben sich die deutschen Entwicklungshilfeszahlungen bis 2010 wieder auf fast 0,4 Prozent der Wirtschaftsleistung erhöht.

Doch auch dies ist noch weit entfernt vom 0,7-Prozent-Ziel, das die Vereinten Nationen bereits in den 1970er Jahren ausgegeben hatten und das sie 2001 erneut ins Visier nahmen, um bis 2015 die sogenannten Millenniumsziele zur Armutsbeseitigung zu erreichen. Hoffnungen, dass Deutschland und die anderen Industrienationen ihre Entwicklungshilfe in naher Zukunft entsprechend aufstocken werden, sind angesichts der von der Finanzkrise auferlegten Sparzwänge eher unrealistisch.

1998

Gründung der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH

2003

Start der Publikationsreihen „IW-Analysen“ und „IW-Positionen“

2004

Erste Veranstaltung „Berliner Gespräche“

2005

Das IW Köln gibt sich erstmals ein Leitbild

Umfangreichere Veröffentlichungen erscheinen nunmehr in der Reihe „IW-Studien“

2007

Zertifikat „audit berufundfamilie“ für das IW Köln

Kraftloses Königreich

Großbritannien. Der Inselstaat hat sich noch nicht von der Finanz- und Wirtschaftskrise erholt. Die Konjunktur dümpelt vor sich hin – vor allem die hohe Inflation und das Haushaltsloch verhindern bislang einen stärkeren Aufschwung.

Am 5. Mai werden in Schottland, Wales, Nordirland die Parlamente gewählt und in einigen Teilen Englands regionale Mandatsträger. Gleichzeitig findet ein landesweites Referendum statt, bei dem die Briten über ein neues System für die Wahl der Parlamentsmitglieder abstimmen. Bisher wurden diese nach dem Mehrheitswahlprinzip bestimmt. Im neuen Wahlrecht bringt jeder Wähler die Bewerber in die bevorzugte Reihenfolge. Ist ein Kandidat für mehr als die Hälfte der Wähler die Nummer eins, gewinnt er den Sitz. Andernfalls beginnt ein langwieriges Prozedere von Kandidatenstreichungen, Stimmenumverteilungen und Neuauszählungen, bis der Sieger feststeht.

Experten gehen davon aus, dass sich an dem Volksentscheid lediglich ein Drittel der Wähler beteiligt. Vor allem in den Regionen, in denen parallel keine Wahlen stattfinden, könnten sich sogar noch weniger Bürger für das Referendum interessieren.

Möglicherweise ist den Briten ihr Wahlsystem derzeit ziemlich egal – schließlich haben sie genug damit zu

tun, ihre Wirtschaft flottzumachen. Denn die Krise hatte das Vereinigte Königreich hart getroffen – 2009 sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um fast 5 Prozent. Bis heute hat sich die Wirtschaft nicht richtig erholt (Grafik):

Für 2011 rechnet der Internationale Währungsfonds (IWF) mit einem Anstieg des realen BIP um lediglich 1,7 Prozent.

Damit können die Untertanen von Königin Elisabeth vorerst nicht an frühere Zeiten anknüpfen: Von 2000 bis 2007 stieg das BIP im Jahresdurchschnitt um 2,6 Prozent.

Ein Grund für die lahrende Konjunktur ist die anziehende Inflation. Für dieses Jahr erwartet der IWF einen Anstieg der Verbraucherpreise um 4 Prozent. Gebremst wird das Wirtschaftswachstum auch durch das immer größere Haushaltsdefizit – 2011 dürfte es bei knapp 9 Prozent des BIP liegen. Um dem entgegenzuwirken, wurde die Mehrwertsteuer bereits auf 20 Prozent erhöht. Gleichzeitig sollen im Staatsdienst bis 2015 fast 500.000 Stellen gestrichen werden. Die Regierung will zudem z. B. das Kindergeld für Besserverdienende streichen und die Studiengebühren auf durchschnittlich 8.000 Euro pro Jahr anheben. Um die Konjunktur nicht vollends abzuwürgen, werden die Unternehmens- und die Einkommenssteuer gesenkt.



Vereinigtes Königreich: Haushalt in Schiefelage



2011: Prognose; Quelle: Internationaler Währungsfonds

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 18

2008

Gründung der Institut der deutschen Wirtschaft Köln JUNIOR gGmbH, in der die Schülerprojekte des IW Köln gebündelt werden

2009

Umzug an das Konrad-Adenauer-Ufer 21

Verschmelzung des Deutschen Instituts-Verlags und seiner Tochter edition agrippa zur Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

2010

Das IW Köln und seine Tochtergesellschaften beschäftigen rund 350 Mitarbeiter

2011

Am 2. Mai findet in Berlin eine Festakademie zum 60-jährigen Bestehen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln statt

Bessere Luft in Deutschland

CO₂-Emissionen. Mehr Straßenverkehr, mehr Kohlendioxidausstoß – dieser Zusammenhang ist weltweit zu beobachten. Deutschland fährt indes gegen den Trend.

Mit zunehmendem Wohlstand leisten sich auch in den Schwellenländern immer mehr Menschen ein Automobil. In China zum Beispiel wurden 2009 rund 13,6 Millionen Pkws, Lkws und Busse neu zugelassen, im Jahr 2000 waren es erst 2,1 Millionen. In Indien stiegen die Zulassungszahlen von 842.000 auf zuletzt 2,3 Millionen. Dies bringt Probleme mit sich:

Weltweit stießen Personen- und Lastkraftwagen im Jahr 2008 insgesamt 4,85 Milliarden Tonnen Kohlendioxid (CO₂) aus – 48 Prozent mehr als noch im Jahr 1990.

Den größten verkehrsbedingten Kohlendioxidausstoß verursachen nach wie vor die USA – sie emittierten 2008 rund 1,45 Milliarden

Tonnen CO₂. China belegt inzwischen mit 330 Millionen Tonnen Platz zwei der Rangliste.

Überraschender Befund: In Ländern, welche vor allem für ihre vermeintlich spritsparenden Kleinwagen bekannt sind, stiegen in den vergangenen beiden Jahrzehnten die Emissionen deutlich – in Italien z. B. um 20 Prozent (Grafik).

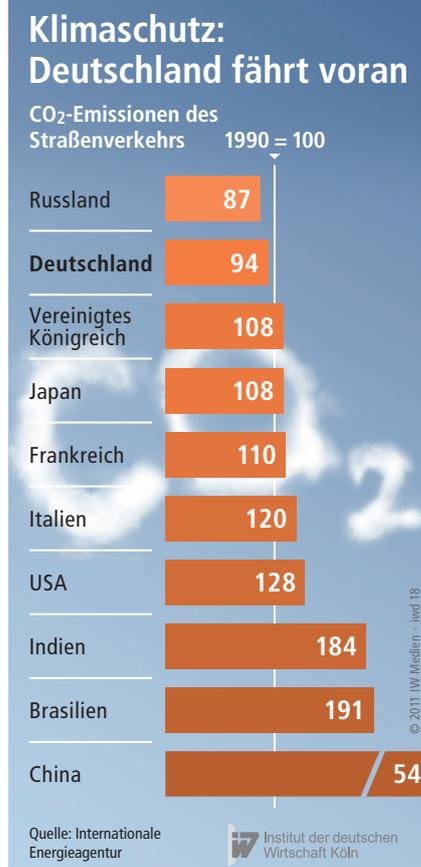
Ausgerechnet Deutschland, das als Land der hubraumstarken Premiumautomobile gilt, mauserte sich dagegen zum Musterschüler:

Seit 1990 sind die Kohlendioxidemissionen des deutschen Straßenverkehrs um 6 Prozent gesunken, allein seit 1999 sogar um 18 Prozent.

Die Erklärung: Zum einen fahren die Deutschen natürlich nicht nur dicke Limousinen made in Germany. Zum anderen sind diese Karossen aber auch umweltfreundlicher als ihr Ruf – vor allem bei längeren Überlandfahrten gehen einheimische Fahrzeuge mit dem Sprit effizienter um als ausländische Kleinwagen.

Dass Russland den Wert von 1990 deutlich unterschreitet, ist auf den Zusammenbruch der Sowjetunion zurückzuführen – damals gingen die Emissionen kräftig zurück. Seit zehn Jahren steigen sie aber wieder.

Künftig werden moderne Hybridfahrzeuge, Diesel- und Elektroautos rund um den Globus die Emissionen



sinken lassen. In China und Indien setzt sich der Anstieg der CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs dagegen wohl fort. Auch dort senkt die Fahrzeugtechnik zwar den Kraftstoffverbrauch je Pkw. Das Wachstum der Kfz-Flotten wiegt jedoch schwerer. In China wurden allein im ersten Quartal 2011 rund 12 Prozent mehr Pkws zugelassen als im gleichen Vorjahresquartal.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistent: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwD@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.